

Ein Manifest für mehr Steuergerechtigkeit*

Rund 100 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur zählen zu den Erstunterzeichnenden des Manifests Steuerwende von attac, Denknetz und der Erklärung von Bern (EvB). Seit kurzem läuft die Unterschriftensammlung für dieses Manifest, das mehr Steuergerechtigkeit zum Ziel hat.

Andreas Missbach**

Trotz einiger Zugeständnisse unter dem Druck der USA und OECD hat in der Schweizer Politik und bei den offiziellen Vertretern der Bankenwelt kein Umdenken stattgefunden. Darüber können auch die neuesten Absichtserklärungen aus Bankkreisen nicht hinwegtäuschen, wonach man sich vom Geschäft mit Steuerfluchtgeldern verabschieden wolle. Die Gretchenfrage des Finanzplatzes, ob die Schweiz genug unternimmt, um sich den Bevölkerungen und Regierungen anderer Länder gegenüber endlich fair zu verhalten, wurde bislang nicht beantwortet.

Auch die Probleme der Entwicklungsländer, die diesen durch die Steuerflucht in die Schweiz entstehen, sind längst nicht gelöst. Denn erstens haben viele dieser Staaten gar kein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz. Und zweitens ist die Neuverhandlung eines bestehenden Abkommens erst mit einem Land (Indien) im Gange.

Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufheben

Gemeinsam lancieren attac, Denknetz, EvB und engagierte Einzelpersonen jetzt die dringend nötige Grundsatzdiskussion: Zu den zentralen Forderungen des Manifests Steuerwende gehören die Aufhebung der Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug sowie der automatische Informationsaustausch mit allen Steuerbehörden demokratischer Rechtsstaaten.

Beide Forderungen sind durch die jüngsten Entwicklungen aktueller denn je. Unter der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug leidet auch die Schweiz, denn im Gegensatz zu den Ländern, die ein neu verhandeltes Doppelbesteuerungsabkommen nach OECD-Standard haben, erhalten die kantonalen Behörden weiterhin keinen Einblick in die Bankkonten von möglichen Steuerhinterziehern. Im Klartext: Heute sind inländische Steuerhinterzieher besser geschützt als ausländische.

Informationsaustausch auf Anfrage genügt nicht

Die Interessenvertreter und -vertreterinnen des Finanzplatzes haben sich erstaunlich schnell mit der neuen Realität des „Informationsaustausch auf Anfrage“ (OECD-Standard) abgefunden – solange es nicht zu einem „automatischen Informationsaustausch“ kommt. Beim letzteren – inzwischen in fast allen EU-Ländern und vielen anderen Ländern Realität – werden die Daten über Kontostände und Zinszahlungen einmal jährlich an die Steuerbehörden des Herkunftslandes gemeldet. So kann im Ausland angelegtes Geld korrekt nach den Regeln und Sätzen des Herkunftslands besteuert werden. Die Steuerbehörden erfahren dadurch auch, ob das ausländische Vermögen „schwarz“ erwirtschaftet wurde, d.h. keine Steuern und Sozialabgaben geleistet wurden. Mit der von Banken und bürgerlichen PolitikerInnen vorgeschlagenen Verrechnungssteuer auf ausländischen Bankkonten bliebe die Höhe der Vermögen auf Schweizer Konten den ausländischen Steuerbehörden weiterhin verborgen.

Mischen Sie sich ein

Die Steuerwende richtet sich gegen den Pakt zwischen der Finanzmarktlobby und der Politik. Dieser verhindert, dass offen über Steuergerechtigkeit diskutiert wird. Wir brechen diesen Pakt, indem wir sagen, dass Steuern nicht Last und Übel sind, sondern die Voraussetzung eines demokratischen Staates, der seine Aufgaben gegenüber Mensch und Umwelt wahrnimmt. Wir weisen die Verklärung des Steuerwettbewerbs zurück – eines Wettbewerbs, den es nur gibt, weil sich Länder wie die Schweiz nicht an internationale Regeln halten und sich auf Kosten anderer Länder bereichern. Das Nachsehen haben einmal mehr die Ärmsten, weil die Steuereinnahmen für Spitalbetten, Brücken und Schulzimmer fehlen. Unterschreiben Sie das Manifest Steuerwende auf www.steuerwende.ch.

*Dieser Beitrag erschien leicht anders formuliert im EvB-Magazin „erklärung!“ vom 5. November 2009.

**Andreas Missbach ist Mitglied der EvB-Geschäftsleitung und zuständig für den Bereich Banken und Finanzplatz Schweiz.